



Medienmitteilung vom 5. März 2026

63. Plenarkonferenz in Fischingen

«Verkehr 45»: Verkehrsregionen besser aufeinander abstimmen

Damit das Schweizer Verkehrsnetz gesamthaft funktioniert, braucht es aufeinander abgestimmte regionale Teilstrategien. Aus Sicht der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) fehlen diese noch in den Überlegungen des Bundes. Die ORK fordert deshalb eine Erweiterung der aktuellen Verkehrsplanung. Hierzu hat sie heute in Fischingen ein Positionspapier zuhanden des Bundesrates unterzeichnet.

Der Bundesrat hat die Eckwerte für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bis 2045 festgelegt. Grundlage war das Gutachten «Verkehr 2045» der ETH Zürich. Die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) anerkennt, dass eine Priorisierung der Verkehrsinfrastrukturausbauten aus finanziellen und auch aus Kapazitätsgründen unumgänglich ist.

Gleichzeitig benötigen Kantone und Regionen ausserhalb der grossen Ballungsräume verlässliche Perspektiven für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ist aus gesamtschweizerischer Sicht wesentlich, dass der Bundesrat eine Gesamtverkehrsstrategie entwickelt, die alle Regionen und Kantone einbindet.

Bahn	Chancen nutzen, wo sie entstehen: Mit dem Bau des Brüttenertunnels fahren mehr Züge zwischen Winterthur und Zürich. Damit die Investitionen den grössten nationalen Nutzen bringen, müssen diese Verbesserungen überregional wirken. Die ORK verlangt deshalb eine Fahrplan-Perspektive auf den Achsen Zürich-Ostschweiz.
Strasse	Anbindung sicherstellen: Die Ostschweiz muss verlässlich an die übrige Schweiz angebunden bleiben. Die zentralen regionalen Strassenbauprojekte im Zeithorizont 2045/2055 müssen mindestens in diesem Rahmen bestätigt und möglichst rasch realisiert werden.

Wichtig ist der ORK, dass die Verkehrsplanung des Bundes regional gedacht und national abgestimmt ist. Dies ermöglicht den grössten Nutzen, anstatt neue Problemzonen zu schaffen. Eine Erweiterung der aktuellen Verkehrsplanung mit regionalen Teilstrategien ist deshalb wichtig.

Im Hinblick auf die Vernehmlassung unterstreicht die ORK folgende Anliegen:

- Die Grundversorgung ist für die Ostschweiz zentral und sie muss bei der Priorisierung gleichwertig mit anderen Regionen, fokussiert auf die Mobilitätsbedürfnisse, berücksichtigt werden.

Ostschweizer Regierungskonferenz

Geschäftsstelle
c/o Staatskanzlei
Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon +41 58 229 32 18
Mail ork@sg.ch
www.ork-ostschweiz.ch



- Bei den Nationalstrassen bleibt die Engpassbeseitigung oberste Priorität. Die ORK unterstützt den Ausbau des Rosenberg隧nels (inkl. Zubringer) und des Fäsenstaubtunnels sowie die Realisierung von zentralen Ostschweizer Korridoren/Umfahrungen, namentlich der N23 bei Amriswil mit Realisierungshorizont 2045, der N23 bei Weinfelden, der N25 bei Wilen, der N29 bei Bivio, der N13 bei Rothenbrunnen und der N17 bei Netstal.
- Die Priorisierung von Ausbauten der Bahninfrastruktur ohne Angebotskonzept/Fahrplan ist kritisch. Deshalb fordern die Ostschweizer Kantone vom Bund und von der SBB, dass sie nun unverzüglich einen Fahrplan für die Zeit nach Eröffnung des Brüttenertunnels und des vierten Gleises Zürich Stadelhofen vorlegen (2038/2040). Für einen späteren Horizont sind Überlegungen für die Achse St.Gallen–Zürich–Bern–Lausanne–Genf umgehend an die Hand zu nehmen.
- Die grenzüberschreitende Erreichbarkeit im Rheintal ist zu beachten, namentlich sind die Rheinbrücken Haag–Bendern und Sevelen–Vaduz in den langfristigen Planungen und Priorisierungen zu berücksichtigen.

Landesstatthalter Markus Heer (Glarus) wurde an der heutigen Plenarkonferenz zum neuen Präsidenten der ORK für die Jahre 2026–2028 gewählt. Er übernimmt damit das Amt von Regierungsrat Patrick Strasser (Schaffhausen).

Der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) gehören die Kantone Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St.Gallen, Graubünden und Thurgau an. Der Kanton Zürich und das Fürstentum Liechtenstein sind assoziierte Mitglieder.

Bildlegenden:

- *Von links: Patrick Strasser übergab das Präsidium an Markus Heer. Zur Plenarkonferenz eingeladen hatte der Kanton Thurgau mit dem Regierungspräsidenten Dominik Diezi.*
- *Nach der Plenarkonferenz unterzeichneten die Regierungspräsidentin sowie die Regierungspräsidenten das Positionspapier.*